
INHALT

21. *Tiroler Gemeindeordnung 2001*

22. *Kundmachung von Halteverboten*

23. *Feldfrevel durch Paragleiter*

*Verbraucherpreisindex für März 2002
(vorläufiges Ergebnis)*

21.

Tiroler Gemeindeordnung 2001

GEMEINDEAUFSICHT

A: Das Wesen der Gemeindeaufsicht

Das Wesen der Gemeindeaufsicht ergibt sich aus der Stellung der Gemeinde als **Selbstverwaltungskörper**. Die Gemeindeaufsicht erstreckt sich auf die Besorgung der Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde. Im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches ist die Gemeinde Mitträgerin der öffentlichen Verwaltung, ohne aber organisatorisch in die staatliche Verwaltung eingegliedert zu sein. Dieser Umstand begründet die Gemeindeaufsicht.

Inhaltlich besteht das Recht auf Selbstverwaltung aus zwei Elementen

- a) aus den **der Gemeinde verfassungsgesetzlich gewährleisteten Verwaltungsaufgaben** und
- b) aus der **Art ihrer Besorgung**.

Beide Elemente zusammen machen das Recht auf Selbstverwaltung aus.

zu a): Der **verfassungsgesetzlich gewährleistete Aufgabenkreis der Gemeinde als Selbstverwaltungskörper** ist durch den **eigenen Wirkungsbereich** umschrieben (Art. 118 Abs. 2 und 3 und Art. 116 Abs. 2 B-VG).

zu b): Die **Art der Besorgung** der Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ist durch Art. 118 Abs. 4 B-VG dahingehend geregelt, dass die Gemeinde diese Angelegenheiten unter Beachtung des Grundsatzes der **Gesetzmäßigkeit der Verwaltung in eigener Verantwortung** wahrzunehmen hat. In der Eigenverantwortlichkeit liegt das Wesen des Rechtes auf Selbstverwaltung; sie schließt ein Weisungsrecht und eine instanzmäßige Überordnung staatlicher Behörden aus.

Da die Gemeinden eine verfassungsgesetzlich gesicherte Selbstverwaltungsgarantie genießen, sind der Gemeindeaufsicht durch das Verfassungsrecht selbst Schranken gezogen. Diese Schranken dienen dem Schutz des Wesensgehaltes der Gemeindeselbstverwaltung.

Unter **Gemeindeaufsicht** versteht man die hoheitliche, öffentlichen Interessen dienende Verwaltungstätigkeit staatlicher Behörden zum Zweck

- a) **der Wahrung der Gesetzmäßigkeit** und
- b) **der Sicherstellung der Besorgung der Aufgaben der Gemeinde**, soweit sie den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde betreffen.

Aus dieser Begriffsbestimmung ergibt sich:

1. Die Ausübung des Aufsichtsrechtes über die Gemeinden ist hoheitliche Verwaltungstätigkeit der Aufsichtsbehörden und unterliegt dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Deshalb müssen die zuständigen Behörden, der Umfang ihrer Aufsichtsbefugnisse, die Aufsichtsmittel und das aufsichtsbehördliche Verfahren gesetzlich festgelegt sein.

2. Die Gemeindeaufsicht ist von den Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung auszuüben (Art. 119a Abs. 3 B-VG).

3. Die Ausübung des Aufsichtsrechtes erfolgt im öffentlichen Interesse. Es steht daher weder dem Einzelnen noch der Gemeinde – von Ausnahmen abgesehen – ein Rechtsanspruch auf Ausübung des Aufsichtsrechtes durch die Aufsichtsbehörde zu.

4. Gegenstand der Gemeindeaufsicht ist die gesamte Gemeindeverwaltung im eigenen Wirkungsbereich; sie erfasst sowohl die Privatwirtschaftsverwaltung als auch die Hoheitsverwaltung der Gemeinde.

5. Die Verwaltungstätigkeit „Gemeindeaufsicht“ staatlicher Behörden ist in erster Linie **Kontrolle**.

Die kontrollierende Funktion der Gemeindeaufsicht zeigt sich darin, dass in Ausübung der Gemeindeaufsicht grundsätzlich niemals in den Entscheidungsbereich der Gemeinde eingegriffen werden darf. Es ist deshalb durch Art. 118 Abs. 4 B-VG ausgeschlossen, dass die Aufsichtsbehörden in Wahrnehmung des ihnen zustehenden Aufsichtsrechtes anstelle der Gemeinde in der Sache selbst entscheiden.

Da die eigenverantwortliche Besorgung der Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches durch die Gemeinde aber nicht nur ein **Recht**, sondern auch eine **Pflicht** der Gemeinde ist, hat die Gemeindeaufsicht eine doppelte Aufgabenstellung, nämlich nicht nur der Kontrolle, sondern auch der Gewährleistung der Besorgung der Gemeindeaufgaben zu dienen. Diese Aufgabe der Gemeindeaufsicht ergibt sich aus Art. 119a Abs. 1 B-VG, wonach die Gemeindeaufsicht dahingehend auszuüben ist, dass die Gemeinde die ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben erfüllt.

Der Zweck der Gemeindeaufsicht ist deshalb ein zweifacher:

- a) die Verhütung der Verletzung von Rechtsvorschriften (**negativer**) und
- b) die Gewährleistung der Erfüllung der gesetzlichen Gemeindeaufgaben durch die Gemeinde (**positiver**).

B: Die Rechtsgrundlagen der Gemeindeaufsicht

Die gesetzliche Regelung der Gemeindeaufsicht steht gemäß Art. 119a Abs. 3 B-VG, soweit der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde Angelegenheiten aus dem Bereich der Bundesvollziehung umfasst, dem **Bund**, im Übrigen den **Ländern** zu.

Die geltenden Rechtsvorschriften über die Gemeindeaufsicht finden sich neben Art. 119a B-VG in der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und im Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 123/1967.

C: Die Regelung der Gemeindeaufsicht in der Tiroler Gemeindeordnung 2001 (§§ 114 bis 128 TGO 2001) und im Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz

1. Aufgabe und Ziel der Gemeindeaufsicht (§ 114 TGO 2001)

Das Land hat das Aufsichtsrecht über die Gemeinde dahin auszuüben, dass diese bei Besorgung des eigenen Wirkungsbereiches (aus dem Bereich der Landesvollzie-

hung) die Gesetze und Verordnungen des Landes nicht verletzt, ihren Wirkungsbereich nicht überschreitet und die ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben erfüllt.

2. Das Gleiche gilt sinngemäß auch für die Gemeindeaufsicht des Bundes in den Angelegenheiten aus dem Bereich der Bundesvollziehung nach § 2 Abs. 1 des Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetzes, BGBl. Nr. 123/1967. Die Aufsicht des Bundes erstreckt sich ausschließlich auf behördliche Angelegenheiten, die Aufsicht des Landes auch auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinde.

3. **Aufsichtsbehörde im Rahmen der Gemeindeaufsicht des Landes** ist, soweit nicht gesetzlich unmittelbare Aufsichtsmaßnahmen der Landesregierung vorgesehen sind, in I. Instanz die Bezirkshauptmannschaft und in II. Instanz die Landesregierung. Aufsichtsbehörde für die Gemeindeverbände ist ausschließlich die Landesregierung.

Weiters ist zu folgenden Aufsichtsmaßnahmen unmittelbar die Landesregierung berufen:

- a) Genehmigung von Änderungen im Gemeindebestand (§§ 4 bis 7 TGO 2001), und von Gemeinde- und Ortschaftsnamen (§ 9 TGO 2001); Genehmigung des Dienstpostenplanes (§ 59 TGO 2001)
- b) Gebarungsprüfung von Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern (§ 119 TGO 2001)
- c) Entscheidung über Vorstellungen gegen letztinstanzliche Bescheide der Gemeinde (§ 120 TGO 2001)
- d) Aufhebung von Bescheiden aus den Gründen des § 68 Abs. 3 und 4 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (§ 121 TGO 2001)
- e) Verordnungsprüfung (§ 122 TGO 2001)
- f) Auflösung des Gemeinderates (§ 126 TGO 2001).

Aufsichtsbehörde im Rahmen der Gemeindeaufsicht des Bundes ist der Landeshauptmann, der die Bezirkshauptmannschaft durch Verordnung ermächtigen kann, in seinem Namen das Aufsichtsrecht auszuüben (§ 3 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz). Nur in zwei Fällen kennt das Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz eine Berufung gegen Bescheide des Landeshauptmannes an das Bundesministerium für Inneres:

- a) bei der Auflösung des Gemeinderates
- b) bei der Amtsenthebung (§ 12 Abs. 4 und § 13 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz).

Nur die Aufsichtsbehörden sind berechtigt, von den gesetzlich vorgesehenen Aufsichtsmaßnahmen Gebrauch zu machen. Andere Behörden müssen sich diesbezüglich an die Aufsichtsbehörden wenden.

4. **Aufsichtsmittel** sind die den Aufsichtsbehörden eingeräumten Befugnisse zur Ausübung des Aufsichtsrechtes, um das Aufsichtsziel im Sinne der Z. 1 zu erreichen.

Im Hinblick auf den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung kann die Aufsichtsbehörde nur die gesetzlich vorgesehenen Aufsichtsmittel anwenden.

Nach Art. 119a B-VG sind vom zuständigen Gesetzgeber zwingend folgende Aufsichtsmittel vorzusehen (= obligatorische Aufsichtsmittel):

a) die Auskunftspflicht (§ 117 TGO 2001 und § 4 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz)

b) die Vorstellung (§ 120 TGO 2001 und § 7 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz); Ausnahmen für die Städte mit eigenem Statut

c) die Ordnungsprüfung (§ 122 TGO 2001).

Die zuständige Gesetzgebung kann aber noch weitere Aufsichtsmittel vorsehen.

Die Aufsichtsmittel nach der TGO 2001 sind:

I. Das Auskunftsrecht der Aufsichtsbehörden und die Auskunftspflicht der Gemeinde (§ 117 TGO 2001)

Die Aufsichtsbehörden sind berechtigt, sich über jedwede Angelegenheit der Gemeinde zu informieren. Der Bürgermeister ist verpflichtet, im einzelnen Fall die von den Aufsichtsbehörden verlangten Auskünfte zu erteilen.

Das Auskunftsrecht der Aufsichtsbehörde erstreckt sich zwar auf alle Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, kann aber nur in konkreten einzelnen Fällen ausgeübt werden. Die Aufsichtsbehörde ist deshalb nicht berechtigt, der Gemeinde die regelmäßige und wiederkehrende Berichterstattung in bestimmten Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung aufzutragen oder solche zu fordern.

Das Auskunftsrecht kann in verschiedener Weise ausgeübt werden, so durch das Verlangen,

a) Beschlüsse von Gemeindeorganen samt Sitzungsniederschriften vorzulegen,

b) Akten oder Geschäftsstücke vorzulegen, oder

c) Bericht zu erstatten.

Die Informationspflicht bezieht sich auch auf beabsichtigte Beschlüsse, da eine Beschränkung der Informationspflicht der Gemeinde auf beschlossene und genehmigungspflichtige Akte nicht gegeben ist und eine solche Beschränkung eine wirksame Aufsicht geradezu unmöglich machen würde (VfGH.-Slg. 3632/1959).

Das Aufsichtsmittel des Auskunftsrechtes versetzt die Aufsichtsbehörde in die Lage, die Aufsicht vorbeugend aber auch helfend auszuüben, um fehlerhafte Akte zu verhüten.

Neben der Auskunftspflicht im Rahmen der Gemeindeaufsicht nach Art. 119a B-VG besteht die gegenseitige Pflicht zur Amtshilfe nach Art. 22 B-VG.

II. Das Einschaurecht der Aufsichtsbehörde (§ 117 Abs. 2 TGO 2001)

Das Einschaurecht der Aufsichtsbehörde besteht in der Befugnis, durch bevollmächtigte Organe (Organwalter) im einzelnen Fall Prüfungen an Ort und Stelle vorzunehmen.

Eine gleichartige Regelung dieser Aufsichtsmittel für den Bereich der Bundesvollziehung findet sich im § 4 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz.

Im übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde besteht anstelle des Aufsichtsmittels der Auskunftspflicht eine Melde- und Berichterstattungspflicht der nachgeordneten Behörde.

III. Einberufung von Sitzungen der Kollegialorgane auf Verlangen der Aufsichtsbehörde (§ 118 TGO 2001)

Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, vom Bürgermeister die Einberufung der nach der Sache zuständigen Kollegialorgane der Gemeinde zu verlangen, wenn

a) die notwendige Klärung einer Angelegenheit oder

b) die Beseitigung eines Missstandes der Gemeindeverwaltung

nur durch eine Beratung oder Beschlussfassung des zuständigen Kollegialorganes der Gemeinde herbeigeführt werden kann. An dieser Sitzung können Beauftragte der Aufsichtsbehörde mit beratender Stimme teilnehmen.

Der Bürgermeister ist verpflichtet, die Sitzung binnen einer Woche einzuberufen. Die Sitzung hat innerhalb von zwei Wochen stattzufinden. Im Falle der Säumnis ist die Aufsichtsbehörde berechtigt die Sitzung einzuberufen, wenn sie im öffentlichen Interesse oder aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen unerlässlich ist.

Das Aufsichtsmittel der Einberufung von Sitzungen der Kollegialorgane dient einerseits als vorbeugende Maßnahme zur Vermeidung von Gesetzeswidrigkeiten und andererseits als Möglichkeit, gesetzeswidrige Vorgänge abzustellen. Dieses Aufsichtsmittel kann auch zum Zweck der Behandlung des Berichtes über eine Gebarungsprüfung durch den Gemeinderat nach § 119 TGO 2001 angewendet werden.

IV. Gebarungsprüfung (§ 119 TGO 2001)

Die Aufsichtsbehörden haben das Recht, die Gebarung der Gemeinde auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen.

1. Als **Kontrollorgane** sind berufen

a) für Gemeinden, die nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung mehr als 5.000 Einwohner haben, und für Gemeindeverbände die Landesregierung,

b) für Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern die Bezirkshauptmannschaften.

2. **Prüfungsgegenstand** ist die Gemeindegebarung. Diese umfasst

a) die gesamte Ausgaben- und Einnahmegerbarung,

b) die gesamte Schuldengerbarung sowie

c) die Gebarung mit den beweglichen und unbeweglichen Vermögen der Gemeinde.

Unter Gebarung ist nicht nur das Tätigen von Einnahmen und Ausgaben und das Verwalten von Vermögensbeständen zu verstehen, sondern darüber hinaus jedes Verhalten, das finanzielle Auswirkungen hat (VfGH.-Slg. 7944/1976). Die Gebarungskontrolle der Aufsichtsbehörde hat allerdings nicht das „Ob“, sondern nur das „Wie“ einer gemeindlichen Maßnahme zu beurteilen.

Da wirtschaftliche Unternehmen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit keine eigenständige Rechtspersönlichkeit besitzen, ist ihre Gebarung ein Teil der Gemeindegebarung und unterliegt damit der aufsichtsbehördlichen Kontrolle.

3. Die maßgeblichen **Prüfungskriterien** der Gebarungskontrolle sind

a) die Wirtschaftlichkeit = das bestmögliche Verhältnis von Aufwand und Erfolg. Das Wirtschaftlichkeitsgebot verlangt, entweder mit den gegebenen Mitteln einen möglichst großen Erfolg zu erreichen, oder einen bestimmten Erfolg mit dem geringstmöglichen Aufwand zu verwirklichen.

b) die Sparsamkeit = möglichst geringer Aufwand (= Variante des Wirtschaftlichkeitsprinzips)

c) die Zweckmäßigkeit = das Verhältnis von Zweck und Mittel (= sie verlangt die Erreichung eines vorgegebenen Verwaltungsziels mit den geeigneten Mitteln)

d) die ziffernmäßige Richtigkeit

e) die Übereinstimmung mit den für die Gebarungsführung bestehenden Vorschriften.

4. Das **Prüfungsverfahren**:

Die Einleitung einer Gebarungsprüfung steht im Ermessen der Aufsichtsbehörde. Die Zuständigkeit zur

Gebarungsprüfung schließt das Recht zur Einsicht in alle Unterlagen und zur Einschau an Ort und Stelle in sich. Der Aufsichtsbehörde stehen alle Kontrollmittel zu, die zur Erfüllung des Auftrages, die Gebarung der Gemeinde auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen, erforderlich sind.

Das Ergebnis der Gebarungsprüfung ist dem Bürgermeister in einem Bericht zur Vorlage an den Gemeinderat zu übermitteln. Der Bürgermeister hat unverzüglich den Gemeinderat mit dem Prüfungsbericht zu befassen. Dem Gemeinderat kommt als dem obersten Organ die Befugnis zu, die aufgrund des Prüfungsberichtes notwendig erscheinenden Maßnahmen zu veranlassen.

Der Bürgermeister ist verpflichtet, die aufgrund des Überprüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Aufsichtsbehörde stehen im Rahmen der Gebarungskontrolle keine Sanktionen zur Durchsetzung der von ihr im Zuge der Gebarungskontrolle gewonnenen Erkenntnisse und der daraus abgeleiteten Empfehlungen gegenüber der Gemeinde zur Verfügung. Wohl aber könnte der Prüfungsbericht die Aufsichtsbehörde zu einem Einsatz anderer Aufsichtsmittel veranlassen.

Die Gemeinde hat dem Land die aus der Gebarungsprüfung erwachsenden Kosten in Pauschbeträgen zu ersetzen, wenn und insoweit sie um die Durchführung ersucht hat oder diese durch ihr Verschulden veranlasst worden ist. Die Höhe dieser Pauschbeträge ist von der Landesregierung nach der für die Prüfung erforderlichen Zeit und nach der Anzahl der Prüfungsorgane festzusetzen.

V. Die Vorstellung

(§ 120 TGO 2001 und §§ 7 und 12 Abs. 1 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz)

Die Rechtsnatur der Vorstellung:

Die Vorstellung ist vom Gesichtspunkt des Vorstellungswerbers ein außerordentliches Rechtsmittel (Rechtsanspruch des Vorstellungswerbers auf Entscheidung) und vom Gesichtspunkt der Aufsichtsbehörde ein Aufsichtsmittel.

Vorstellungsbehörden sind

a) der Landeshauptmann in Angelegenheiten aus dem Vollziehungsbereich des Bundes

b) die Landesregierung in Angelegenheiten aus dem Vollziehungsbereich des Landes.

Voraussetzungen zur Erhebung einer Vorstellung sind:

1. das Vorliegen eines Bescheides eines Gemeindeorganes in einer (auch nur angenommenen) Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde.

2. zur Erhebung einer Vorstellung ist berechtigt, wer behauptet, in seinen Rechten durch den angefochtenen Bescheid der Gemeindebehörde verletzt zu sein. Unter den „Rechten“ sind die subjektiven öffentlichen Rechte zu verstehen, Privatrechte nur insoweit, als die Gemeindebehörde darüber (zulässig oder auch unzulässig) abgesprochen hat.

3. Erschöpfung des innergemeindlichen Instanzenzuges.

4. Erhebung der Vorstellung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung oder mündlichen Verkündung des letztinstanzlichen Bescheides eines Gemeindeorganes.

5. Die Vorstellung muss einen begründeten Antrag (auf Aufhebung des angefochtenen Bescheides der Gemeindebehörde) enthalten. Ein solcher liegt vor, wenn die Eingabe erkennen lässt, was der Einschreiter anstrebt und womit er seinen Standpunkt vertreten zu können glaubt (VwSlg. 8727 A/1974 und VfGH.-Erk. vom 10. März 1981, B 245/78).

Das **Vorstellungsverfahren** vor der Aufsichtsbehörde ist **vom gemeindebehördlichen Verfahren streng getrennt**. Das aufgrund der Vorstellung eingeleitete Verfahren ist nicht eine instanzenmäßige Fortführung des Verfahrens vor den Gemeindeorganen, sondern ein gesondertes Verfahren vor der Aufsichtsbehörde, sodass sich daraus folgende Auswirkungen ergeben:

a) im Verfahren vor der Aufsichtsbehörde kommt den Organen der Gemeinde nur Parteistellung zur Wahrung ihrer Selbstverwaltungsrechte, aber keine Befugnis zu, behördliche Akte zu setzen (wie z. B. Verhängung von Ordnungsstrafen wegen beleidigender Schreibweise im Vorstellungsantrag oder Bewilligung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Vorstellungsfrist).

b) von der obersten Gemeindebehörde gibt es keinen Rechtsmittelzug an die staatlichen Behörden.

c) der gemeindebehördliche Bescheid letzter Instanz erwächst in formeller Rechtskraft und ist vollstreckbar.

Vorstellungsbelehrung:

§ 120 Abs. 1 letzter Satz TGO 2001 verpflichtet zu einer Vorstellungsbelehrung im letztinstanzlichen ge-

meindebehördlichen Bescheid, in der auf die Zulässigkeit der Vorstellung und ihre Voraussetzungen sowie auf die Einbringungsfrist und Einbringungsstelle hinzuweisen ist.

Der § 61 Abs. 4 AVG ist analog auch für den Fall anzuwenden, dass ein Bescheid des obersten Gemeindeorgans keine oder eine unrichtige Vorstellungsbelehrung enthält (VwSlg. 7345 A/1968).

Einbringung der Vorstellung bei der Gemeinde:

Die Vorstellung ist schriftlich, nach Maßgabe der bei der Gemeinde vorhandenen technischen Möglichkeiten auch telegraphisch, fernschriftlich, mit Telefax, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung der schriftlichen Ausfertigung des Bescheides, im Falle bloß mündlicher Verkündung nach dieser, mit einem begründeten Antrag auf Aufhebung des gemeindebehördlichen Bescheides und mit der Bezeichnung des Bescheides, gegen den sie sich richtet, bei der Gemeinde, deren Bescheid durch die Vorstellung angefochten wird, einzubringen.

Vorlage der Vorstellung durch die Gemeinde:

Die Gemeinde als Einbringungsstelle ist verpflichtet, die Vorstellung unter Anschluss des Verwaltungsakten ohne unnötigen Aufschub der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Rechtswirkungen der Erhebung einer Vorstellung:

1. Der Vorstellung kommt keine aufschiebende Wirkung zu. Auf Ansuchen des Einschreiters hat die Landesregierung (die Gemeinde nach § 7 Abs. 3 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz) die aufschiebende Wirkung zuzuerkennen, wenn

a) durch die Vollstreckung ein nicht wiedergutzumachender Schaden eintreten würde und

b) nicht öffentliche Rücksichten die sofortige Vollstreckung gebieten.

Mit Abschluss des Vorstellungsverfahrens erlischt auch die Wirkung einer allenfalls zuerkannten aufschiebenden Wirkung:

Wird der gemeindebehördliche Bescheid im Vorstellungsverfahren aufgehoben, so fällt damit der Vollstreckungstitel weg!

2. Durch die Einbringung der Vorstellung wird die Gemeinde (Gemeindevorstand, Gemeinderat) nicht gehindert, von den gesetzlich eingeräumten Befugnissen zur Aufhebung oder Abänderung rechtskräftiger Be-

scheide Gebrauch zu machen (z. B. Anwendung des § 68 AVG und § 217ff TLAO oder Wiederaufnahme des Verfahrens).

Wird von der Gemeinde selbst der durch Vorstellung angefochtene Bescheid aufgehoben, so tritt im Vorstellungsverfahren Klaglosstellung ein, bei teilweiser Änderung allenfalls teilweise Klaglosstellung.

In diesen Fällen hat die Gemeinde die Vorstellungsbehörde unverzüglich zu verständigen.

3. Der Vorstellungswerber hat einen Rechtsanspruch auf Entscheidung durch die Aufsichtsbehörde. Die Entscheidungspflicht entsteht mit dem Einlangen der Vorstellung bei der Gemeinde als Einbringungsstelle. Von diesem Zeitpunkt läuft die 6-Monate-Frist, innerhalb der spätestens eine Vorstellungsentscheidung zu treffen ist. Im Fall der Säumnigkeit

a) der Landesregierung – Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof,

b) des Landeshauptmannes – Übergang der Entscheidungspflicht an den zuständigen Bundesminister.

Die Durchführung des Vorstellungsverfahrens:

1. Die Vorstellungsbehörde hat zunächst die Prozessvoraussetzungen zu prüfen.

a) Verspätet eingebrachte Vorstellungen (Versäumnis der Frist von zwei Wochen) und

b) unzulässige Vorstellungen (z. B. mangelnde Berechtigung zur Erhebung einer Vorstellung, Nichtvorliegen eines Bescheides, Fehlen eines begründeten Vorstellungsantrages)

sind zurückzuweisen.

Die Vorstellung ist ebenfalls bei Vorliegen eines Verzichtes auf Erhebung der Vorstellung zurückzuweisen. Nicht aber dürfen Vorstellungen gegen Bescheide, die von der Gemeinde irrigerweise im eigenen Wirkungsbereich erlassen wurden, als unzulässig zurückgewiesen werden (VwSlg. 7846 A/1970).

2. Ist die Vorstellung zulässig, so hat die Vorstellungsbehörde zu prüfen, ob der Vorstellungswerber durch den angefochtenen Bescheid in seinen subjektiven Rechten verletzt worden ist. Objektive Rechtswidrigkeit des angefochtenen Bescheides allein genügt nicht (VwSlg. 7873 A/1970, 8739 A/1975).

Die Vorstellung gegen einen zwar rechtswidrigen aber nicht die Rechte des Vorstellungswerbers verletzenden Bescheid ist daher von der Aufsichtsbehörde als unbegründet abzuweisen.

Das Prüfungsrecht der Aufsichtsbehörde besteht nur im Umfang der Anfechtung des gemeindebehördlichen Bescheides durch den Vorstellungswerber. Soweit der

gemeindebehördliche Bescheid nicht durch eine Vorstellung angefochten wurde, fehlt der Aufsichtsbehörde die Entscheidungszuständigkeit (vgl. VwGH. vom 20. Oktober 1980, Zl. 2968/1979).

Im Umfang der zulässigen Prüfung des gemeindebehördlichen Bescheides ist aber die Aufsichtsbehörde nicht an die vom Vorstellungswerber geltendgemachten Rechtsverletzungen gebunden, sie hat vielmehr das Recht und Pflicht zur vollen Prüfung des angefochtenen Bescheides (vgl. VfSlg. 6002/1971, VwSlg. 7631 A/1969, 7963 A/1971 und Erk. vom 18. November 1980, Zl. 2285).

Die Aufsichtsbehörde ist im Vorstellungsverfahren nur zur Rechtmäßigkeitskontrolle berechtigt. Deshalb kann sie angefochtene gemeindebehördliche Bescheide im Falle einer Verletzung der subjektiven Rechte des Vorstellungswerbers nur aufheben, sie ist aber nicht befugt, in der Sache selbst zu entscheiden und etwa den gemeindebehördlichen Bescheid abzuändern und entgegen dem gemeindebehördlichen Bescheid die beantragte Bewilligung zu erteilen oder zu versagen (vgl. VwGH.-Erk. vom 18. März 1968, Zl. 1356/1967).

Die Rechtmäßigkeit ist durch eine Vorstellung angefochtenen Bescheides des obersten Gemeindeorgans stets an der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt seiner Erlassung zu messen (vgl. VwGH.-Erk. vom 1. Juni 1970, Zl. 338/1970, vom 7. April 1978, Zl. 1420/1976, vom 20. Jänner 1981, Zl. 79/05/0472). Inzwischen eingetretene Änderungen der Rechtslage sind daher nicht berücksichtigen.

Der Aufsichtsbehörde steht weiters im Vorstellungsverfahren selbst keine Ermessensübung zu, sondern nur eine Ermessenskontrolle dahingehend, ob die Gemeindebehörde zulässigerweise von ihrem Ermessen im Sinne des Gesetzes Gebrauch gemacht hat (vgl. VwGH.-Erk. vom 8. Jänner 1968, Zl. 1609/1967).

Bei der Prüfung des gemeindebehördlichen Bescheides ist die Aufsichtsbehörde nicht an den von der Gemeindebehörde angenommenen Sachverhalt gebunden. Die Aufsichtsbehörde ist im Vorstellungsverfahren zwar nicht verpflichtet, wohl aber berechtigt, sich durch eigene Ermittlungen Gewissheit darüber zu verschaffen, ob ein Vorstellungswerber infolge einer falschen oder unzureichenden Sachverhaltsermittlung durch den Bescheid des obersten Gemeindeorgans in einem Recht verletzt wurde (vgl. VfSlg. 6602/1973, VwGH.-Erk. vom 31. März 1969, Zl. 255/1967). Die Aufsichtsbehörde muss in einem Vorstellungsverfahren, bevor sie in die Prüfung eintritt, ob eine Rechtsverletzung durch

unrichtige Anwendung materiell-rechtlicher Bestimmung vorliegt, jedenfalls untersuchen, ob nicht etwa das Verfahren vor der Gemeindebehörde mangelhaft geblieben ist.

3. Im Vorstellungsverfahren kommt

a) dem Vorstellungswerber

b) der Gemeinde

c) darüberhinaus allen Parteien im vorangegangenen gemeindebehördlichen Verfahren

Parteistellung zu.

4. Im Vorstellungsverfahren ist von der Aufsichtsbehörde unabhängig vom Gegenstand des Verfahrens das AVG anzuwenden (Art. II Abs. 2 A Z. 1 EGVG 1991, BGBl. Nr. 50).

5. Zur Aufhebung des gemeindebehördlichen Bescheides im Vorstellungsverfahren können sowohl Verletzungen des materiellen Rechtes als auch entscheidungswesentliche Verletzungen des Verfahrensrechtes (wie z. B. Verletzung des Parteienghört, mangelhafte Auseinandersetzung mit den Einwendungen einer Partei, Nichtbeachtung der Präklusion, unrichtige Beweiswürdigung, unrichtige Zusammensetzung der Kollegialorgane) führen. Die Mitwirkung eines befangenen Gemeindeorganes ist dann ein wesentlicher Verfahrensmangel, wenn der Gemeindevorstand bei Abwesenheit des befangenen Organes nicht beschlussfähig wäre oder wenn ohne dessen Stimme die für die Beschlussfassung nach der Gemeindeordnung erforderliche Stimmenmehrheit nicht zu Stande gekommen wäre (VwSlg. 8171 A/1971).

Gegenstand der aufsichtsbehördlichen Prüfung im Vorstellungsverfahren ist immer nur der letztinstanzliche Bescheid der Gemeinde. Nur dieser Bescheid kann von der Aufsichtsbehörde aufgehoben werden.

Die Vorstellungsentscheidung und ihre Rechtswirkungen:

Die Aufsichtsbehörde kann in der Entscheidung über die Vorstellung diese

- als unzulässig zurückweisen
- als unbegründet abweisen (in diesen beiden Fällen bleibt der gemeindebehördliche Bescheid aufrecht) oder schließlich den gemeindebehördlichen Bescheid aufheben und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an die Gemeinde verweisen.

Durch den einen gemeindebehördlichen Bescheid aufhebenden Vorstellungsbescheid tritt das Verfahren auf Gemeindeebene wieder in das Stadium, in dem es sich vor Erlassung des mit Vorstellung angefochtenen

gemeindebehördlichen Bescheides befunden hat, sodass die letztinstanzliche Gemeindebehörde in der vor ihr anhängigen Sache neuerlich mit Bescheid zu entscheiden hat.

Die Bindungswirkung des aufhebenden Vorstellungsbescheides (§ 120 Abs. 5 TGO 2001):

Die letztinstanzliche Gemeindebehörde ist bei ihrer neuerlichen Entscheidung an die im Vorstellungsbescheid zum Ausdruck kommende Rechtsauffassung der Aufsichtsbehörde gebunden (selbst wenn der Vorstellungsbescheid rechtswidrig ist, VwSlg. 8325 A/1972; die Gemeinde kann sich nur durch eine erfolgreiche Anfechtung des Vorstellungsbescheides vor dem Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshof aus der Bindungswirkung lösen).

Die Bindung besteht nicht nur an den Spruch, sondern auch an die diesen tragenden Gründe (VwGH.-Erk. vom 5. Mai 1969, Zl. 481/68, vom 1. Juni 1970, Zl. 338/70, VwSlg. 9996 A/1979 u. a.). Begründungsteile, die keinen Bezug zum Spruch des Vorstellungsbescheides haben, haben auch keine Bindungswirkung. Die Begründung des Bescheides kann über den Spruch hinaus keine Bindungswirkung entfalten. Die bindende Wirkung kann sich sowohl auf Fragen des materiellen Rechtes als auch auf solche des Verfahrensrechtes beziehen (VfSlg. 8325 A/1972).

In persönlicher Hinsicht erstreckt sich die Bindungswirkung des aufhebenden Bescheides nur auf die Parteien des Verfahrens, in dem dieser Bescheid ergangen und denen er zugestellt worden ist (VwSlg. 8482 A/1973).

Die Bindungswirkung besteht jedoch nur bei unveränderter Sach- und Rechtslage.

Das fortgesetzte Verfahren vor der Gemeinde:

Mit der Zustellung des aufhebenden Vorstellungsbescheides an die Gemeinde entsteht für die letztinstanzliche Gemeindebehörde (bzw. im Falle der Aufhebung wegen Unzuständigkeit für das zuständige Gemeindeorgan) die Pflicht zur neuerlichen Entscheidung im fortgesetzten Verfahren (= Ersatzbescheid). Für die Erlassung des Ersatzbescheides besteht für das Gemeindeorgan Entscheidungspflicht im Sinne des § 73 AVG, weshalb im Falle der Säumigkeit die sachlich in Betracht kommende Oberbehörde (= Gemeinderat) angerufen werden kann. Bei Säumnis der innergemeindlich obersten in Betracht kommenden Oberbehörde

kann Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. In diesem Fall hat der Verwaltungsgerichtshof den Ersatzbescheid unter Bindung an die Rechtsansicht der Vorstellungsbehörde zu erlassen (VwSlg. 8455 A/1973).

Die Anfechtung des Ersatzbescheides:

Gegen den von der Gemeinde im fortgesetzten Verfahren erlassenen Ersatzbescheid kann neuerlich Vorstellung erhoben werden. Die Vorstellungsbehörde ist im Falle einer neuerlichen Vorstellung gegen den Ersatzbescheid an ihrem vorangegangenen rechtskräftigen Vorstellungsbescheid gebunden (VwSlg. 7912 A/1970). Sie hat deshalb den Ersatzbescheid der Gemeinde, der ihrem Vorstellungsbescheid widerspricht, aufzuheben (VwSlg. 8091 A/1971, 8164 A/1972), und zwar auch dann, wenn sie ihre im ersten Vorstellungsbescheid vertretene Rechtsauffassung nunmehr als unrichtig erkennt (VwSlg. 8164 A/1972). Die Parteien des gemeindebehördlichen Verfahrens haben ein subjektives Recht darauf, dass der Ersatzbescheid der Gemeinde sich an die im rechtskräftigen Vorstellungsbescheid geäußerte Rechtsansicht der Aufsichtsbehörde hält (VwSlg. 8325 A/72).

Im Falle einer Änderung der Sach- und Rechtslage wird die Bindung der Gemeindebehörde an den vorangehenden rechtskräftigen Vorstellungsbescheid durchbrochen. Es kann daher die Verletzung anderer subjektiver Rechte durch den Ersatzbescheid mit einer Vorstellung geltendgemacht werden. In dem Umfang, in dem die Aufsichtsbehörde aber eine Vorstellung abgewiesen hat, kann ein in Bindung an den Vorstellungsbescheid ergehender gemeindebehördlicher Ersatzbescheid nicht mehr erfolgreich durch eine neuerliche Vorstellung angefochten werden.

Die Rechtsmittel gegen den Vorstellungsbescheid:

Gegen einen Vorstellungsbescheid der Landesregierung bzw. des Landeshauptmannes ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.

Gegen Vorstellungsbescheide kann aber binnen sechs Wochen ab Zustellung Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof oder an den Verwaltungsgerichtshof erhoben werden.

Im aufsichtsbehördlichen Vorstellungsverfahren sind auch die außerordentlichen Rechtsmittel der Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 69 AVG) und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 71 AVG) zulässig, die bei der Aufsichtsbehörde (Vorstellungsbehörde) einzubringen sind.

VI. Aufhebung von Bescheiden (§ 121 TGO 2001 und § 8 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz)

Neben der Aufhebung eines Bescheides im Vorstellungsverfahren (§ 120 TGO 2001) ist der Aufsichtsbehörde die Möglichkeit eingeräumt, von Amts wegen rechtskräftige Bescheide eines Gemeindeorganes

- in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches aus dem Bereich der Landesvollziehung nach § 120 TGO 2001 und
- in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches aus dem Bereich der Bundesvollziehung nach § 8 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz
- aus Gründen des § 68 Abs. 3 AVG (in Wahrung des öffentlichen Wohles, als dies zur Beseitigung das Leben oder die Gesundheit von Menschen gefährdenden Missständen oder zur Abwehr schwerer volkswirtschaftlicher Schädigungen notwendig oder unvermeidlich ist)

und des § 68 Abs. 4 AVG (wenn der Bescheid

a) von einer unzuständigen Behörde oder von einer nicht richtig zusammengesetzten Kollegialbehörde erlassen wurde [nur innerhalb von drei Jahren nach Erlassung des Bescheides zulässig],

b) einen strafgesetzwidrigen Erfolg herbeiführen würde,

c) tatsächlich undurchführbar ist oder

d) an einen durch gesetzliche Vorschrift ausdrücklich mit Nichtigkeit bedrohten Fehler leidet!) aufzuheben.

Es handelt sich hierbei um ein **Aufsichtsmittel zur Kontrolle der objektiven Gesetzmäßigkeit** der Gemeindeverwaltung, da eine Verletzung von subjektiven Rechten durch den aufzuhebenden Bescheid nicht vorliegen muss. Auf die Ausübung dieses Aufsichtsmittels durch die Aufsichtsbehörde steht daher niemandem ein Rechtsanspruch zu. Es ist aber auch die Aufsichtsbehörde selbst von sich aus nicht verpflichtet, von diesem Aufsichtsmittel Gebrauch zu machen.

Die Aufhebung des gemeindebehördlichen Bescheides hat ebenfalls durch einen Bescheid der Aufsichtsbehörde zu erfolgen. Der Erlassung eines solchen Bescheides hat erforderlichenfalls ein Ermittlungsverfahren unter Wahrung des Parteienghörs voranzugehen. Die Aufhebung des gemeindebehördlichen Bescheides ist unter Heranziehung der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zu § 68 Abs. 3 und 4 AVG entsprechend zu begründen.

Zur Handhabung des Aufsichtsmittels der amtsweiligen Aufhebung eines Bescheides nach § 121 TGO 2001 ist die Landesregierung zuständig. Zur Handhabung des Aufsichtsmittels nach § 8 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz ist der Landeshauptmann zuständig.

VII. Die Prüfung der Verordnungen durch die Aufsichtsbehörde (Verordnungsprüfung)

(§ 122 TGO 2001 und § 6

Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz)

Mitteilungspflicht der Gemeinde

Die Gemeinde (konkret: der Bürgermeister) hat die von ihr im eigenen Wirkungsbereich erlassenen Verordnungen (VO) aus dem Bereich der Landesvollziehung der Landesregierung und aus dem Bereich der Bundesvollziehung dem Landeshauptmann unverzüglich mitzuteilen.

Darunter fallen die von der Gemeinde als Verwaltungsbehörde im Rahmen des Art. 18 Abs. 1 B-VG erlassenen Rechtsverordnungen, die ortspolizeilichen Verordnungen nach § 18 TGO 2001, die Verordnungen im Grunde des Finanzverfassungsgesetzes 1948 und des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes und schließlich auch Verwaltungsverordnungen (= generelle Vorschriften von Verwaltungsbehörden an unterstellte Verwaltungsbehörden).

Erlassen ist eine Verordnung der Gemeinde mit ihrer Kundmachung. Das Datum ihres In-Kraft-Tretens ist hiefür nicht entscheidend.

Die Prüfung der Verordnung durch die Aufsichtsbehörde

Die Mitteilungspflicht der Gemeinde ermöglicht der Aufsichtsbehörde die Ausübung ihrer Prüfungspflicht. Das Prüfungsrecht der Aufsichtsbehörde ist allerdings nicht von der erfolgten Mitteilung durch den Bürgermeister abhängig, ebenso nicht vom Geltungsbeginn der Verordnung (Legisvakanz = Zeitraum zwischen Kundmachung und In-Kraft-Treten). Andererseits tritt die Verordnung der Gemeinde unabhängig von der Prüfung durch die Aufsichtsbehörde in Rechtswirksamkeit. Das Prüfungsverfahren hindert also nicht das Inkrafttreten der Verordnung der Gemeinde.

Gegenstand der aufsichtsbehördlichen Prüfung ist die Gesetzmäßigkeit der Verordnung, wobei sich die Prüfung sowohl auf ihren Inhalt (materielle Prüfung) als auch auf ihr Zustandekommen (formelle Prüfung) bezieht.

Prüfungsmaßstab bei der Verordnungsprüfung sind die im Zeitpunkt der Prüfung in Geltung stehenden

Bundes- und Landesgesetze, indirekt auch Verordnungen, die sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens halten (= gesetzmäßige Verordnung).

Ortspolizeiliche Verordnungen sind jedenfalls unmittelbar auch an Verordnungen einer Bundes- oder einer Landesbehörde zu messen.

Die Gemeinde wird von der Aufsichtsbehörde im Falle eines positiven Ausgangs der Prüfung verständigt.

Die Aufhebung einer gesetzwidrigen Verordnung der Gemeinde

Die Aufsichtsbehörde hat eine gesetzwidrige Verordnung aufzuheben. Es handelt sich hierbei nicht um einen Ermessensakt, sondern um eine gesetzliche Verpflichtung der Aufsichtsbehörde.

Vor der Aufhebung ist die Gemeinde anzuhören. In diesen Anhörungsverfahren hat die Aufsichtsbehörde der Gemeinde die rechtlichen Überlegungen mitzuteilen, die gegen die Gesetzmäßigkeit der Verordnung sprechen, während die Gemeinde ihren Rechtsstandpunkt hiezu darlegen kann.

Das Recht angehört zu werden, steht dem Organ der Gemeinde zu, das die zu prüfende Verordnung erlassen hat. Die Aufhebung einer gesetzwidrigen Verordnung ist jedoch nicht davon abhängig, dass sich die Gemeinde tatsächlich geäußert hat. Es ist ihr aber jedenfalls Gelegenheit hiezu zu geben. Andererseits ist es der Gemeinde unbenommen, die Verordnung während der aufsichtsbehördlichen Prüfung aufzuheben oder zu ändern.

Die Aufhebung einer gesetzwidrigen Verordnung durch die Aufsichtsbehörde hat in der Form einer Verordnung zu erfolgen, die von der Gemeinde beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden kann (Art. 139 Abs. 1 B-VG).

Die zulässige Aufhebung einer Verordnung der Gemeinde ist umfangmäßig auf die gesetzwidrigen Teile der Verordnung beschränkt, es sei denn dass durch den Wegfall der gesetzwidrigen Teile die gesamte Verordnung nicht mehr anwendbar wäre.

Die Aufsichtsbehörde ist zur Aufhebung einer Verordnung der Gemeinde zeitlich nicht beschränkt.

Die aufhebende Verordnung der Aufsichtsbehörde ist im „Boten für Tirol“ kundzumachen.

Die Aufhebungsverordnung der Aufsichtsbehörde tritt mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung im „Boten für Tirol“ in Kraft.

Gleichzeitig mit der Aufhebung der Verordnung der Gemeinde hat die Aufsichtsbehörde der Gemeinde die Gründe hiefür mitzuteilen. Bei Fehlen einer den formel-

len Anforderungen genügenden Begründung ist die aufsichtsbehördliche Verordnung mit einer zur Aufhebung führenden Gesetzwidrigkeit belastet (VfGH.-Erk. vom 8. März 1990, Zl. V 103/89-7).

Neben der Aufhebung einer Verordnung der Gemeinde nach § 122 TGO 2001 und § 6 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz kann nach § 10 Finanzverfassungsgesetz das Bundesministerium für Finanzen von der Landesregierung die bescheidmäßige Aufhebung eines gesetzwidrigen Beschlusses des Gemeinderates auf Ausschreibung von Abgaben verlangen.

VIII. Die Genehmigung von Gemeinderatsbeschlüssen (§ 123 TGO 2001)

Gemäß Art. 119a Abs. 8 B-VG wird die zuständige Gesetzgebung ermächtigt, einzelne Maßnahmen, die von der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zu treffen sind, an eine **Genehmigung der Aufsichtsbehörde** zu binden, **wenn durch solche Maßnahmen überörtliche Interessen in besonderem Maße berührt werden**. Dazu zählen insbesondere solche von besonderer finanzieller Bedeutung.

Als Grund für die Versagung der Genehmigung darf nur ein Tatbestand vorgesehen werden, der die Bevorzugung überörtlicher Interessen eindeutig rechtfertigen.

Der Genehmigungsvorbehalt kann sowohl im Bereich der Hoheitsverwaltung als auch im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung vorgesehen werden. Er betrifft aber immer nur Rechtshandlungen der Gemeinde (Bescheide und Verordnungen im Bereich der Hoheitsverwaltung sowie Erklärungen und Vereinbarungen im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung) nicht aber faktische Handlungen (Realakte).

Der Genehmigungsvorbehalt ist ein kontrollierendes (kein mitgestaltendes) Aufsichtsmittel. Das Wirksamwerden der genehmigungspflichtigen Maßnahmen befindet sich bis zur Erteilung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung im Schwebezustand.

Die Gemeinde hat einen Rechtsanspruch, da sich die Aufsichtsbehörde mit der genehmigungspflichtigen Maßnahme befasst und über eine Genehmigung oder Versagung derselben entscheidet.

Die aufsichtsbehördliche Erledigung hat in jedem Fall, unabhängig davon, ob ein individueller oder genereller Hoheitsakt der Gemeinde oder eine Maßnahme der Privatwirtschaftsverwaltung vorliegt, den Charakter eines Bescheides.

Das Verfahren zur Erteilung oder Versagung der vom Bürgermeister zu beantragenden aufsichtsbehördlichen Genehmigung richtet sich nach den Bestimmungen des AVG; der Gemeinde, konkret: dem zur Entscheidung zuständigen Organ kommt Parteistellung, insbesondere das Recht auf Parteigehör zu. In diesem Verfahren kommt dritten Personen keine Parteistellung zu.

Bei Säumigkeit der Aufsichtsbehörde kann Entscheidungspflicht geltendgemacht werden (Rechtzug von Bezirkshauptmannschaft an Landesregierung und sodann Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof).

Nach § 123 Abs. 1 TGO 2001 bedürfen der aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Bezirkshauptmannschaft folgende Beschlüsse des Gemeinderates:

a) die Aufnahme von Krediten, der Abschluss von Leasingverträgen, die Übernahme von Schulden, die Umwandlung von Schulden, die Übernahme von Haftungen sowie die Gewährung von Krediten, sofern die gewährten Kredite im Einzelfall 10 v. H. der im Voranschlag veranschlagten ordentlichen Ausgaben übersteigen,

b) die Errichtung, die wesentliche Erweiterung oder die Auflassung wirtschaftlicher Unternehmen und der Beitritt zu wirtschaftlichen Unternehmen, sowie

c) der Erwerb und die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen.

Die Genehmigung der Bezirkshauptmannschaft darf nach § 123 Abs. 2 TGO 2001 nur versagt werden, wenn durch den Beschluss des Gemeinderates

a) ein Gesetz oder eine Verordnung verletzt wird oder

b) eine unverhältnismäßig hohe Belastung der Gemeinde oder ein unverhältnismäßig hohes finanzielles Wagnis für die Gemeinde

zu erwarten ist. Hierbei sind insbesondere die Größe der Gemeinde, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit, sowie Art und Umfang der von der Gemeinde zu besorgenden Pflichtaufgaben zu berücksichtigen. Unverhältnismäßigkeit liegt jedenfalls vor, wenn die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes oder die ordnungsgemäße Erfüllung der der Gemeinde gesetzlich obliegenden Aufgaben bzw. ihrer privatrechtlichen Verpflichtungen gefährdet würden.

Die Genehmigung ist befristet, unter Bedingungen oder mit Auflagen zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung von Auswirkungen im Sinne der lit. a oder b erforderlich ist.

Bis zur positiven oder negativen Entscheidung der Aufsichtsbehörde ist das Rechtsgeschäft schwebend unwirksam.

Gemäß § 123 Abs. 4 TGO 2001 werden aufgrund von genehmigungspflichtigen Gemeinderatsbeschlüssen abgeschlossene Rechtsgeschäfte der Gemeinde dritten Personen gegenüber erst durch die Beurkundung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des ihr zu Grunde liegenden Gemeinderatsbeschlusses rechtswirksam. Die Genehmigung gilt sohin einem Dritten gegenüber erst mit deren Beurkundung als erteilt.

Die Erteilung und Beurkundung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Gemeinderatsbeschlusses ist damit Voraussetzung für die Gültigkeit des betreffenden Rechtsgeschäftes.

IX. Aufhebung gesetzwidriger Entscheidungen (§ 124 TGO 2001)

Nach § 124 Abs. 1 TGO 2001 haben die Aufsichtsbehörden (man beachte die Mehrzahl, d. h. Bezirkshauptmannschaft oder Landesregierung) dem Bürgermeister im Falle der Verletzung eines Gesetzes oder einer Verordnung die erforderliche Belehrung zu erteilen und ihn aufzufordern, innerhalb einer angemessen festzusetzenden Frist die Herstellung des rechtmäßigen Zustandes zu bewirken.

Nach § 124 Abs. 2 TGO 2001 hat die Aufsichtsbehörde (= Bezirkshauptmannschaft in I. Instanz mit Rechtszug an die Landesregierung) die Entscheidung des Bürgermeisters oder den Beschluss eines Kollegialorganes (konkret: des Gemeinderates, Gemeindevorstandes oder Ausschusses für wirtschaftliche Unternehmen oder Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit) die ein Gesetz oder eine Verordnung verletzen, aufzuheben, wenn dies aus öffentlichen Interessen, insbesondere

- a) zur Vermeidung einer unverhältnismäßig hohen Belastung der Gemeinde oder eines unverhältnismäßig hohen finanziellen Wagnisses für die Gemeinde oder
 - b) zur ordnungsgemäßen Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Gemeinde
- dringend geboten ist.

Der Aufhebung hat eine Belehrung über die Gesetzesverletzung im Sinne des Abs. 1 und der fruchtlose Ablauf einer gesetzten angemessenen Erledigungsfrist voranzugehen. Unter den Begriff „Entscheidungen“ und „Beschlüsse“ sind nicht Bescheide oder Verordnungen zu verstehen (dagegen ist nach den §§ 120 bis 122 TGO 2001 einzuschreiten), sondern fallen hierunter in erster Linie Akte der Privatwirtschaftsverwaltung.

Die Prüfung hat unter den Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit zu erfolgen. Eine Gesetzesverletzung

liegt nicht nur dann vor, wenn mit dem Beschluss gegen eine materiell-rechtliche Vorschrift verstoßen wird, sondern auch, wenn Verfahrensvorschriften der Gemeindeordnung über das Zustandekommen von Beschlüssen nicht beachtet werden.

Die Vorgängerbestimmung des § 124 Abs. 2 TGO 2001 hat erstmals 1985 durch eine Novellierung der damaligen TGO 1966 Eingang in das Tiroler Gemeinde-recht gefunden.

Aus den Erläuternden Bemerkungen zur Neufassung des damaligen § 116 Abs. 3 TGO 1966 ergeben sich folgende Motive:

„Es kann nun der Fall eintreten, dass der Beschluss eines Kollegialorganes der Gemeinde nur in so unbedeutendem Maß gegen ein Gesetz verstößt, dass mit Rücksicht auf die weitreichenden Auswirkungen (insbesondere Schadenersatzansprüche), die mit einer Aufhebung des Beschlusses verbunden sein können, die Behebung des Beschlusses als nicht vertretbar erscheint. Ziel der vorgeschlagenen Regelung ist es daher, die Zulässigkeit der Aufhebung gesetzwidriger Beschlüsse eines Kollegialorganes der Gemeinde auf jene Fälle einzuschränken, in denen die Aufhebung aus öffentlichen Interessen dringend geboten ist. Der Begriff ‚öffentliche Interessen‘ wird durch die Anführung von Beispielen näher determiniert.

Kommt die Aufsichtsbehörde zur Auffassung, dass die Aufhebung des Beschlusses im öffentlichen Interesse dringend geboten ist, so ist sie auch nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf verpflichtet, ihn zu beheben. Eine vergleichbare Bestimmung enthält etwa der § 82 Abs. 1 des Vorarlberger Gemeindegesetzes, LGBl. Nr. 45/1965. Gegen eine solche Regelung bestehen an sich keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Mit der vorgeschlagenen Regelung wird die Rechtsstellung der Gemeinde gestärkt, weil die Aufhebung eines Beschlusses einen sehr erheblichen Eingriff in die Gemeindeverwaltung bedeutet. Außerdem kommt diese Bestimmung auch Dritten (den Vertragspartnern der Gemeinde) zu Gute, weil – dem Auftrag des § 108 Abs. 3 TGO 1966 entsprechend – die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das Aufsichtsmittel unter möglicher Schonung erworbener Rechte Dritter gehandhabt werden kann“.

Die Aufhebung hat nach einem entsprechenden Ermittlungsverfahren unter Wahrung des Parteigehörs durch Bescheid zu erfolgen.

Parteistellung in diesem aufsichtsbehördlichen Verfahren hat jedenfalls die Gemeinde. Neben der Ge-

meinde kommt Dritten Parteistellung zu, wenn die Aufhebung eines Beschlusses der Gemeinde durch die Aufsichtsbehörde geeignet ist, in deren Rechte einzugreifen oder ihre rechtlichen Interessen zu berühren (VwGH.-Erk. vom 24. Oktober 1978, Zl. 2420/77 und 2428/77).

Der Aufhebungsbescheid ist im Instanzenzug (Bezirkshauptmannschaft – Landesregierung) und in weiterer Folge vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts durch die Parteien des aufsichtsbehördlichen Verfahrens anfechtbar.

Durch die aufsichtsbehördliche Aufhebung eines Beschlusses gehört dieser ex nunc (= von nun an) nicht mehr dem Rechtsbestand an. Diese Rechtswirkung tritt mit Rechtskraft des aufsichtsbehördlichen Aufhebungsbescheides ein.

Als Rechtsfolge der Aufhebung eines Beschlusses von Gemeindeorganen durch die Aufsichtsbehörde trifft die Organe der Gemeinde die Verpflichtung, mit den ihnen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln unverzüglich den der Rechtsanschauung der Aufsichtsbehörde entsprechenden Rechtszustand herzustellen (§ 124 Abs. 2 TGO 2001).

Um rechtswidrigen Erklärungen und Vereinbarungen noch zuvor kommen zu können, sieht § 124 Abs. 3 TGO 2001 die Möglichkeit vor, bereits beim Vorliegen des Verdachtes einer Rechtsverletzung zu verfügen, dass mit der Durchführung einer Entscheidung des Bürgermeisters oder eines Beschlusses eines Kollegialorganes zuzuwarten ist.

Anderenfalls kann die Herstellung des der Rechtsanschauung der Aufsichtsbehörde entsprechenden Rechtszustandes auf Schwierigkeiten stoßen. Insbesondere kann es durch die gebotene Beachtung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Schonung bestehender Rechte (§ 116 Abs. 1 TGO 2001) zu kaum mehr lösbaren Konflikten kommen.

X. Die Ersatzvornahme (§ 125 TGO 2001)

Nach Art. 119a B-VG (= § 114 TGO 2001) hat das Land die Gemeindeaufsicht auch dahin auszuüben, dass die Gemeinde die ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben erfüllt. Diesem Ziel der Gemeindeaufsicht entspricht das Aufsichtsmittel der Ersatzvornahme, dessen Zulässigkeit jedoch gemäß Art. 119a Abs. 7 B-VG auf die Fälle unbedingter Notwendigkeit zu beschränken ist.

§ 125 TGO 2001 schreibt ein zweistufiges Vorgehen der Bezirkshauptmannschaft als zuständiger Aufsichtsbehörde vor.

1. Ist die Gemeinde säumig, eine Aufgabe zu erfüllen, zu der sie gesetzlich verpflichtet ist, so kann ihr die Aufsichtsbehörde eine angemessene Frist setzen, innerhalb der die Gemeinde der ihr gesetzlich obliegenden Pflicht nachzukommen hat.

Die Aufsichtsbehörde hat sohin, bevor sie die Ersatzvornahme selbst vornimmt, der Gemeinde die Maßnahme, zu der diese verpflichtet ist, bescheidmässig aufzutragen. Voraussetzung für die Erteilung eines solchen bescheidmässigen Auftrages ist, dass die Gemeinde säumig geworden ist, d. h. eine Maßnahme, zu der sie gesetzlich verpflichtet ist, nicht zeitgerecht gesetzt hat.

Inhalt des aufsichtsbehördlichen Bescheides ist

a) die Bezeichnung der von der Gemeinde zu setzenden Maßnahme und

b) die Bestimmung einer angemessenen Frist für die Durchführung derselben.

Der Bescheid hat nur den Charakter einer „Mahnung“ und ist deshalb nicht vollstreckbar.

Der bescheidmässige Auftrag kann im Instanzenzug und in weiterer Folge vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts angefochten werden (die Anfechtung könnte sich auf die Behauptung stützen, dass eine gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinde nicht gegeben oder ihr bereits entsprochen worden sei).

2. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist für die Durchführung der zu setzenden Maßnahmen kann die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Maßnahmen anstelle und auf Kosten der Gemeinde selbst treffen, wenn dies aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen unbedingt erforderlich ist.

Die Ersatzvornahme besteht daher darin, dass die Aufsichtsbehörde anstelle des zuständigen Gemeindeorganes und mit Wirkung für die Gemeinde jene Maßnahmen setzt, zu denen die Gemeinde verpflichtet gewesen wäre. Die Ersatzvornahme kann immer nur in einem positiven Tun, niemals aber in einem Unterlassen oder bloßen Dulden bestehen.

Gegenstand der Ersatzvornahme kann grundsätzlich jede Maßnahme sein, die zu treffen die Gemeinde verpflichtet ist. Es ist unerheblich, ob die Gemeinde ihre gesetzlichen Pflichten in Form der Hoheits- oder Privatwirtschaftsverwaltung zu erfüllen hat. In beide Bereiche kann die Aufsichtsbehörde im Wege der Ersatzvornahme eingreifen.

Die Ersatzvornahme erfolgt auf Kosten der betreffenden Gemeinde. Darunter sind jene Kosten zu verstehen, die mit den im Wege der Ersatzvornahme zu setzenden Maßnahmen verbunden sind, wobei jedoch der

Gemeinde nur die über den allgemeinen Verwaltungsaufwand hinausgehenden Kosten angelastet werden können. Die Kosten sind bescheidmäßig vorzuschreiben und die Kostenbescheide sind nach dem VVG zu vollstrecken.

Bescheide können im Wege der Ersatzvornahme nicht erlassen werden (siehe § 125 Abs. 2 TGO 2001); im Falle der Säumnis ist im Wege von Devolutionsanträgen und der Säumnisbeschwerde das Recht zu suchen.

Das Aufsichtsmittel der Ersatzvornahme kann nach § 9 des Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetzes zur Behebung der Folgen eines von der Gemeinde rechtswidrig unterlassenen Vollzugsaktes außerhalb der Privatwirtschaftsverwaltung angewendet werden.

XI. Die Auflösung des Gemeinderates (§ 126 TGO 2001)

(§ 10 Bundes-Gemeindeaufsichtsgesetz)

Die Auflösung des Gemeinderates ist das schärfste Aufsichtsmittel, das am tiefgreifendsten in die Selbstverwaltung der Gemeinde eingreift. Es darf deshalb nur angewendet werden, wenn mit anderen Aufsichtsmitteln das Auslangen nicht gefunden werden kann.

Für die Handhabung dieses Aufsichtsmittels ist in Ausübung des Aufsichtsrechtes des Landes die Landesregierung, in Ausübung des Aufsichtsrechtes des Bundes der Landeshauptmann, zuständig.

Das Aufsichtsmittel der Auflösung des Gemeinderates dient dem Zweck, ein arbeitsunfähiges Organ der Gemeinde durch ein arbeitsfähiges zu ersetzen.

Die Landesregierung **hat** den Gemeinderat **aufzulösen, wenn dieser dauernd beschlussunfähig oder eine geordnete Führung der Geschäfte der Gemeinde oder die Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben nicht mehr gewährleistet ist.**

Die **Auflösung** des Gemeinderates hat **durch Bescheid** zu erfolgen, der dem Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde nach außen zuzustellen ist. Da mit der Auflösung des Gemeinderates die Gemeinderatsmandate erlöschen, ist der Bescheid auch den gewählten Gemeinderatsmitgliedern (Ersatzmitgliedern) zuzustellen. Die Auflösung des Gemeinderates ist **überdies im „Boten für Tirol“ kundzumachen.**

Der Auflösungsgrund muss im Zeitpunkt der Auflösung des Gemeinderates bereits vorliegen und nicht erst zu erwarten sein.

Die Beschlussunfähigkeit des Gemeinderates ist gegeben, wenn das Mindestquorum für die Beschlussfähigkeit nicht mehr erreicht werden kann, wenn also

die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates ausgefallen sind und die ausgeschiedenen Mitglieder nicht mehr durch Ersatzmitglieder ersetzt werden können (§ 73 Abs. 2 TGWO 1994).

Die nicht mehr gewährleistete Aufgabenerfüllung kann sich verschieden äußern. Sie kann sich insbesondere darin äußern, dass nach Ablauf des ersten Vierteljahres noch immer kein Voranschlag vorliegt.

Die **Rechtswirkungen der Gemeinderatsauflösung** sind zweifach:

1. der Gemeinderat geht als Organ der Gemeinde rechtlich unter
2. zugleich erlöschen die Mandate der Gemeinderatsmitglieder.

Diese Rechtswirkungen treten mit der Rechtskraft des Auflösungsbescheides ein. Die Rechtskraft des Auflösungsbescheides tritt wieder mit dessen Zustellung an den Bürgermeister der betreffenden Gemeinde ein. Mit der Auflösung des Gemeinderates endet weiters die Funktionsperiode des Gemeinderates. Der Gemeinderat kann nicht mehr für die Gemeinde rechtlich tätig sein.

Die Auflösung des Gemeinderates bewirkt auch den Verlust des Amtes des Bürgermeisters, des (der) Bürgermeister-Stellvertreter(s), der weiteren stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Mitglieder der Ausschüsse.

Die Fortführung der Gemeindeverwaltung:

Da die Auflösung des Gemeinderates zur Folge hat, dass alle Organe der Gemeinde rechtlich untergehen und die Gemeinde dadurch handlungsunfähig wird, ist die Landesregierung verpflichtet, zur Fortführung der Verwaltung der Gemeinde bis zur konstituierenden Sitzung des neugewählten Gemeinderates unverzüglich einen **Amtsverwalter** einzusetzen. Mangels einer einschlägigen gesetzlichen Regelung ist die Landesregierung in der Auswahl der Person des Amtsverwalters nicht gebunden.

Die Amtszeit des Amtsverwalters beginnt mit seiner Bestellung, die durch Bescheid der Landesregierung zu erfolgen hat und endet mit der konstituierenden Sitzung des neugewählten Gemeinderates.. Er verliert seine Stellung insbesondere durch Aufhebung des Auflösungsbescheides der Landesregierung durch ein Erkenntnis der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts.

Die **Kompetenzen des Amtsverwalters** sind begrenzt, da sich seine Tätigkeit auf **die laufenden und die unaufschiebbaren Angelegenheiten** zu beschränken

hat. Unter den „laufenden Angelegenheiten“ sind die regelmäßig wiederkehrenden Angelegenheiten ohne weittragende finanzielle, wirtschaftliche, politische oder ähnliche Bedeutung zu verstehen. „Unaufschiebbare Angelegenheiten“ sind solche, deren Erledigung gesetzlich verlangt wird oder aus deren Nichterledigung für die Gemeinde ein Schaden erwachsen kann.

Innerhalb dieses Rahmens erstreckt sich seine Tätigkeit sowohl auf die Hoheits- als auch auf die Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinde. Seine Zuständigkeit umfasst ferner sowohl die Angelegenheiten des eigenen als auch die des übertragenen Wirkungsbereiches.

Der Amtsverwalter vereinigt in sich die Kompetenzen aller Gemeindeorgane. Er ist auch Vorgesetzter der Gemeindebediensteten.

Der Amtsverwalter tritt an die Stelle der zuständigen Gemeindeorgane. Gegen einen Bescheid des Amtswalters in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ist daher nur mehr die Vorstellung an die Landesregierung bzw. den Landeshauptmann zulässig (VwGH.-Erk. vom 18. März 1977, Zl. 186/76).

Zur Beratung des Amtswalters ist von der Landesregierung ein Beirat zu bestellen, dessen Mitgliederzahl und parteimäßige Zusammensetzung dem vor der Auflösung bestehenden Gemeindevorstand (Stadtrat) zu entsprechen hat. Die Mitglieder des Beirates sind von der Landesregierung auf Vorschlag der im Gemeindevorstand bisher vertretenen Parteien zu bestellen. Wenn Vorschläge nicht innerhalb einer Woche eingebracht werden, ist die Landesregierung bei der Bestellung der Beiratsmitglieder an keinen Vorschlag gebunden. Der zuletzt im Amt gewesene Bürgermeister hat dem Beirat jedenfalls anzugehören.

Der Beirat entspricht somit in seiner zahlenmäßigen und parteimäßigen Zusammensetzung dem bisher-

gen Gemeindevorstand (Stadtrat). Seine Aufgabe ist es, den Amtswalter zu beraten. Die mit der Tätigkeit des Amtswalters verbundenen Kosten hat die Gemeinde zu tragen.

Die Bestellung des Amtswalters und des Beirates erfolgt mit Bescheid. Die Bestellung ist zudem im „Boten für Tirol“ kundzumachen.

Die mit der Tätigkeit des Amtswalters verbundenen Kosten hat die Gemeinde zu tragen.

Die **Neuwahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters** ist von der Bezirkshauptmannschaft binnen sechs Wochen für den Rest der Funktionsperiode des aufgelösten Gemeinderates auszuschreiben (§ 73 Abs. 3 TGWO 1994). Hat in einer Gemeinde diese Neuwahl innerhalb von sechs Monaten vor dem nächsten allgemeinen Wahltag stattgefunden, so verlängert sich die Funktionsdauer des neugewählten Gemeinderates und Bürgermeisters bis zum Ende der folgenden Funktionsperiode (§ 4 TGWO 1994).

Verfahrensbestimmungen

(§ 127 TGO 2001)

Für das Verfahren vor der Aufsichtsbehörde kommt ohne Rücksicht auf den Gegenstand des Verfahrens das AVG 1991 zur Anwendung (Art. II Abs. 2 A Z.1 EGVG 1991).

Bei der Vollstreckung von Kostenvorschreibungen nach den §§ 120 und 121 TGO 2001 ist das Verwaltungsvollstreckungsgesetz in der geltenden Fassung anzuwenden.

Die Gemeinde ist berechtigt, gegen die Aufsichtsbehörde vor dem Verwaltungsgerichtshof und vor dem Verfassungsgerichtshof Beschwerde zu führen, sowie nach § 122 TGO 2001 erlassene Verordnungen der Aufsichtsbehörde vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten (§ 128 TGO 2001).

22.

Kundmachung von Halteverboten

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 25. Jänner 2002, Zahl 99/02/0014, mit der Frage der Kundmachung von Halteverboten auseinandergesetzt. Die Beschwerdeführerin, die Gattin eines Rechtsanwaltes, wurde bestraft, weil sie ihr Fahrzeug an einer Stelle gehalten hat, an der ein durch das Vorschriftszeichen „Halten und Parken“ kundgemachtes Halte- und Parkverbot bestand. Nach Erschöpfung des Instanzenzuges lehnte zunächst der Verfassungsgerichtshof die Behandlung der an ihn gerichteten Beschwerde ab. Aber auch vor dem Verwaltungsgerichtshof waren die Argumente des Beschwerdeführers nicht von Erfolg gekrönt: Vor Erlassung des Halteverbotes hätte die Rechtsanwaltskammer gehört werden müssen. Nach § 94f Abs. 1 StVO ist vor Erlassung einer Verordnung, wenn Interessen von Mitgliedern einer Berufsgruppe berührt werden, die gesetzliche Interessenvertretung dieser Berufsgruppe anzuhören. Allerdings wurde zu dieser Bestimmung vom Verfassungsgerichtshof schon im Jahre 1996 ausgesprochen, dass der Berufssitz eines oder auch mehrerer Rechtsanwälte kein Ort ist, an dem die Erlassung einer straßenpolizeilichen Verordnung eine spezifische Betroffenheit der Rechtsanwälte als Berufsstand begründet (vgl. VfSlg. Nr. 14439). Das Verkehrszeichen sei um

11,5 cm zu hoch angebracht worden. Wie der Verwaltungsgerichtshof schon in einem Erkenntnis aus 1985 ausgeführt hat, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich aus § 48 Abs. 5 StVO eine Verpflichtung zur zentimetergenauen Einhaltung der Höchst- und Mindestmaße für die Anbringung von Straßenverkehrszeichen ergibt (vgl. VwGH Erk. vom 13. Februar 1985, Zahl 85/18/0024). Die Entfernung zwischen den Verkehrszeichen „Halten und Parken verboten Anfang“ und „Halten und Parken verboten Ende“ sei mit 7,33 m zu kurz. Eine Nachmessung durch die Behörde ergab, dass sich der Geltungsbereich des Halteverbotes auf eine Länge von 10,00 m erstreckt; in der Verordnung waren 10,50 m vorgesehen. Abgesehen davon, dass das Fahrzeug von der Beschwerdeführerin im (kürzeren) Bereich des kundgemachten Park- und Halteverbots abgestellt worden war, gilt auch hier, dass eine Verpflichtung zur „zentimetergenauen“ Einhaltung des in einer derartigen Verordnung verfügbaren räumlichen Geltungsbereiches für die Aufstellung der entsprechenden Verkehrszeichen nicht besteht. Jedenfalls vermochte der Verwaltungsgerichtshof noch nicht eine zu einer Rechtswidrigkeit des angefochtenen Bescheides führende fehlerhafte Kundmachung des bezughabenden Halte- und Parkverbotes zu erkennen.

23.

Feldfrevel durch Paragleiter

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 13. Dezember 2001, Zahl 2001/07/0070, mit der Frage eines Feldfrevels durch Paragleiter auseinandergesetzt. Der Beschwerdeführer, der Geschäftsführer einer Flugschule für Drachenflieger und Paragleiter, wurde bestraft, weil Schüler und sogenannte „Freiflieger“ das Gras auf einer dem Landeplatz benachbarten Wiese niedergetrampelt haben, wodurch ein Feldfrevel begangen wurde. Die zuständige Bezirkshauptmannschaft verhängte eine Geldstrafe von S 3.000.– Das Tiroler Feldschutzgesetz stellt den Feldfrevel unter Strafe (ganz ähnliche Regelungen gibt es in Burgenland, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Wien). Insbesondere begeht Feldfrevel, wer unbefugt auf bebauten oder zum Anbau vorbereiteten Äckern, auf Wiesen zur Zeit des Graswuchses (hier: im Mai) oder in Gärten

geht oder lagert. Der Verwaltungsgerichtshof lehnte die vom Beschwerdeführer zu seiner Verteidigung vorgetragene Argumente ab und bestätigte die Bestrafung. Bei den hier vorgeworfenen Tathandlungen bedarf es nicht der Prüfung, ob dadurch Feldgut geschädigt oder vernichtet wurde; vielmehr geht der Gesetzgeber davon aus, dass mit diesen Tathandlungen eine Schädigung oder Vernichtung von Feldgut automatisch verbunden ist. Auch die persönliche Verantwortlichkeit des Beschwerdeführers wurde bejaht: Die Flugschule, für deren Verhalten der Beschwerdeführer einzustehen hat, schafft durch das Bereitstellen eines Übungs- und Landegeldes eine Situation, bei der ohne ausreichende Vorkehrungen typischerweise damit zu rechnen ist, dass angrenzende Felder in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie hat u. a. dafür zu sorgen, dass Personen, die ihre An-

lagen benutzen, dabei nicht zur Zeit des Graswuchses auf Wiesen gehen, zu deren Benützung sie nicht befugt sind. Ohne Belang ist die vom Beschwerdeführer hervorgehobene Unterscheidung zwischen Flugschülern und Freifliegern, weil es sich auch bei Freifliegern um

Personen handelt, die gegen Entgelt befugt sind, die Einrichtungen der Flugschule, insbesondere den Landeplatz, zu benutzen. Damit aber trifft die Flugschule die Verpflichtung, auch Übertritte dieser Personen auf andere Felder zu verhindern.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MÄRZ 2002

(vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2002 (endgültig)	März 2002 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	103,7	103,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	109,1	109,3
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	142,7	143,0
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	221,8	222,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	389,3	390,0
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	497,6	498,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	496,0	497,0

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat März 2002 beträgt 103,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Februar 2002 (103,7 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (Februar 2002 gegenüber Jänner 2002: +0,1%). Gegenüber März 2001 ergibt sich eine Steigerung um 1,9% (Februar 2002/2001: +1,9%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck